

Presseerklärung vom 10. März 2015

Greenpeace ruft zur Demonstration gegen Atomkraft auf Fukushima-Mahnwache und Bau eines neuen Atomkraftwerks

GREENPEACE

Essen, 10. 03. 2015 – Am morgigen Mittwoch, 11. März 2015, jährt sich zum vierten Mal die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima - und erst allmählich wurde ihr wahres Ausmaß sichtbar: kontaminierte Gebiete, Gesundheitsschäden. Auch bei uns laufen noch neun AKW, immer wieder wird offen über eine Laufzeitverlängerung nachgedacht. Fukushima jedoch mahnt: Alle Atomkraftwerke abschalten. Konzerne müssen allein für Atommüll und Rückbau haften, nicht die Allgemeinheit. Energiegewinnung in Bürgerhand kann einen schnelleren Ausstieg fördern. Greenpeace Essen ruft deshalb auf, sich an einer Demonstration gegen Atomkraft zu beteiligen. Beginn der Demo ist um 18.00 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof. Dort wird auch Greenpeace-Aktivist Björn Ahaus eine Rede halten. Anschließend startet um ca. 18.30 Uhr ein Demonstrationzug zum RWE-Turm mit anschließender Mahnwache.

Atomkraftwerkausbau in England

Unterdessen wird in Europa der Bau eines ersten AKW-Projektes nach dem Super-Gau in Fukushima geplant. Das Kernkraftwerk Hinkley Point liegt an der Südwestküste von England in der Grafschaft Somerset. Zusätzlich zu den seit 1965 bestehenden Anlagen Hinkley Point A (stillgelegt) und Hinkley Point B (in Betrieb) sollen mit dem Kraftwerksblock C zwei weitere Reaktoren entstehen. Mit dem Bau sind die französische Firma Électricité de France (EDF), zwei chinesische Partner (China General Nuclear Power sowie China National Nuclear Group und der Kraftwerksbauer Areva beauftragt. Die gesamten Kosten des Projekts belaufen sich laut EU-Kommission auf umgerechnet etwa 43 Milliarden Euro.

Die britische Regierung plant, für jede Kilowattstunde Atomstrom aus Hinkley Point C eine garantierte Vergütung von umgerechnet knapp 11 Cent zu zahlen – plus Inflationsausgleich für 35 Jahre. Diese garantierte Vergütung ist rund dreimal so hoch wie der Marktpreis. Sie ist bereits ohne Inflationsausgleich deutlich höher als die deutsche EEG-Vergütung für Strom aus Windkraft- oder großen Photovoltaikanlagen. Neben der Garantievergütung verspricht der britische Staat eine Kreditbürgschaft, um die Finanzierungskosten für den AKW-Bau zu senken. Insgesamt belaufen sich die geplanten britischen Beihilfen für Hinkley Point C, ohne die das Projekt nicht finanzierbar wäre, auf umgerechnet 22 Milliarden Euro. Ohne diese massive Subventionierung wäre der Bau von Atomkraftwerken nicht möglich.

Hinkley Point C wird auch Folgen für das EEG-Umlagesystem in Deutschland haben. Denn dieses deckt die Differenzkosten, die sich aus der EEG-Förderung einer Ökostromanlage und dem Verkaufswert des Stroms an der Börse ergeben. Je niedriger die Marktpreise, zu denen eine EEG-Anlage ihren Strom vermarkten kann, desto mehr erhöhen sich die Differenzkosten, die auf die Letztverbraucher umgelegt werden und durch diese zu tragen sind. Der Preiseffekt durch Hinkley Point C dürfte das EEG-Konto deshalb jedes Jahr mit Millionenbeträgen belasten, in der Spitze bis zu 17 Millionen Euro in einem Jahr. Folge ist eine leichte, aber spürbare Erhöhung der EEG-Umlage für alle Verbraucher.

Achtung Redaktionen: Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Björn Ahaus, Tel.: 0163 2531866 oder: b.ahaus@posteo.de, www.essen.greenpeace.de

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 400, BLZ: 430 609 67

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.